

Stellungnahme zur Profildiskussion

Der Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg kritisiert die intransparente und undemokratische Arbeitsweise des Rektorats hinsichtlich der so genannten Profildiskussion oder auch Potenzialdiskussion.

Unter dem Mantel der von Wirtschafts- und Kulturministerin Birgitta Wolff initiierten Begehung des Wissenschaftsrates werden bei der Beantwortung des umfangreichen Fragebogens thematische Schwerpunkte bis zum 13.01.2012 zur Perspektive der Universität 2020 festgelegt.

Eine Kürzungsdiskussion wird hier verneint, man "führe keine Kürzungsdiskussion mit dem Wissenschaftsrat", so Kanzler Hecht. Dass mit der thematischen Schwerpunktsetzung nicht nur Nicht-Besetzungen von zur Zeit offenen Stellen sondern auch das Streichen von bereits besetzten Stellen folgen werden, wird hier allenfalls am Rande kommuniziert.

Die derzeitige Defizitdeckung (im Jahr 2012 sind es über 6,7 Mio. Euro) über die Hochschulpaktmittel 2020 zwingen die Universität dazu, ab spätestens 2015 strukturelle Änderungen vorzunehmen, denn bis spätestens zu diesem Zeitpunkt wird von seitens des Rektorats erwartet, keine Fördermittel aus dem Topf der zusätzlichen Mittel zu bekommen, da die dafür notwendigen Studierendenzahlen nicht mehr erreicht werden.

Mit dem zusätzlichen Wegfall der Mittel aus Forschung und Innovation sowie dem Zuschuss zu den Agrarwissenschaften kann ein Defizitausgleich nur durch strukturelle Anpassungen erfolgen - oder durch mehr Zuweisung zum Haushalt vom Landtag.

Die daraus folgenden und notwendigen Diskussionen zu den Schwerpunkten in sowohl Forschung, womit sich der Wissenschaftsrat hauptsächlich beschäftigt, als auch Lehre, werden nicht, wie vom Rektorat behauptet, demokratisch geführt. Dies ist angesichts des viel zu knapp bemessenen Zeitrahmens auch nicht durchführbar. Ein ordentlich demokratischer Prozess, der alle betroffenen Gremien betrifft, kann nicht innerhalb von 2 Monaten zu einem Ergebnis einer ausführlichen Profildiskussion führen, der die Landschaft der Universität 2020 prägt.

Etwasige Behauptungen, man würde diese Diskussion intensiv mit allen Fakultätsräten und allen Statusgruppen führen, sind falsch.

Die studentischen SenatorInnen wurden in dem Prozess in soweit integriert, dass sie zu Fragen des Wissenschaftsrates, insbesondere der Lehre, antworten sollen. Dies waren aber zum größten Teil Fragen, die nur durch Zahlen beantwortet werden können, die keinem Vertreter vorliegen. Stattdessen wurde eine Ist-Situation der Universität mit dem Blick auf "Studieren in Halle" geschrieben.

Die VertreterInnen des Studierendenrates wurden erst gar nicht angefragt, möchte man doch meinen, dass der StuRa als höchstes studentisches Gremium in einer weitreichenden Profildiskussion mit integriert werden muss. Die Ausrede, dass doch in den Fakultätsräten studentische Vertreter sind, kann durch die mangelnde Entscheidungsgewalt nur zurückgewiesen werden.

Genauso betroffen wie die Studierenden sind die MitarbeiterInnen.

Die Beantwortung der Fragen findet in einer vom Rektorat einberufenen Arbeitsgruppe hinter verschlossenen Türen statt. Die Antworten sollen der zuständigen Kommission am 20.12.11 vorgelegt werden und am 21.12.11 im Senat beschlossen werden.

Hier wird in einem undemokratischen und intransparenten Prozess der Kommission ein Papier vorgelegt, auf das es selber keinen Einfluss mehr haben kann, jedenfalls nicht in dem Umfang, wofür dieses Expertengremium eigentlich einberufen wurde. Der Senat wird dann anschließend quasi genötigt, dieses Papier so durchzuwinken, denn man müsse ja unbedingt den Termin, der vom Wissenschaftsrat vorgegeben wurde, einhalten. Andernfalls würde man gegenüber den anderen Hochschulen im Lande im Vergleich schlecht dastehen. Dass diese Hochschulen gar keine Profildiskussion führen müssen, da sie anders aufgestellt sind in ihrer Ausrichtung als die MLU, sei dahingestellt.

Der Studierendenrat möchte eine Profildiskussion unter diesen undemokratischen, intransparenten und zeitlich viel zu knapp bemessenen Umständen nicht führen.

Eine Diskussion, die so weitreichende Folgen hat, muss in einem längeren zeitlichen Rahmen geführt werden, in dem alle Gremien ausreichend beteiligt sind .

In der Formulierung unserer Kritik und Forderungen auf eine breite Profildiskussion und Einbeziehung aller Statusgruppen der MLU in diesen Prozess sehen wir uns einig mit dem Personalrat und seiner Stellungnahme "PR-Info 4/2011" vom 1. Dezember.



Profilierung, Strukturänderungen

Personalrat fordert hochschulöffentliche Diskussion ohne Zeitdruck

Der Personalrat hatte das Rektorat gebeten, über seine Vorstellungen und Pläne zum künftigen Profil der Universität und damit verbundene Strukturveränderungen im Rahmen der Personalversammlung am 25.11. zu informieren.

Der Rektor trug hierzu vor, dass er gegenwärtig noch nichts sagen könnte. Er erläuterte jedoch die Beweggründe für eine entsprechende Diskussion und nannte hierzu die Unterfinanzierung der Universität und das absehbare Sinken der Studierendenzahlen. Ein weiterer Aspekt sei die Begutachtung des Hochschulsystems des Landes Sachsen-Anhalt durch den Wissenschaftsrat, in dessen Vorbereitung die Universität bis 13.1.2012 einen umfangreichen Fragekatalog zu beantworten hat. Jedenfalls, so der Rektor, soll die Profil- und Strukturdiskussion im Wesentlichen bis Ende 2011 abgeschlossen werden.

Dem Zeitplan des Rektorates ist zu entnehmen, dass nach 11 Rektoratsklausuren (davon 2 mit den Dekanen) und 2 Sitzungen mit dem Kuratorium erstmals am 21.12. die Hochschulöffentlichkeit im Rahmen einer Sondersitzung des Senates informiert wird.

Der Personalrat anerkennt das Anliegen des Rektorates, das künftige Profil und die dazu erforderlichen Strukturen der Universität heute zu diskutieren. Der Personalrat hält aber die Art und Weise, wie diese Diskussion von Seiten des Rektorats geführt wird, für nicht akzeptabel. Denn sie soll innerhalb weniger Wochen und de facto ohne Hochschulöffentlichkeit und das Einbeziehen breiterer Kreise von Beschäftigten und Studierenden erfolgen.

Der Personalrat fordert daher die Hochschulleitung auf, im Interesse einer sachgerechten Diskussion, die nicht an den Betroffenen vorbeigeht und die das Ausarbeiten eines tragfähigen Universitätsprofils ermöglicht, eine größtmögliche Transparenz der Profildiskussion herzustellen. Beschäftigten, Studierenden und ihren Vertretungen sind umfassende Möglichkeiten der Beteiligung an der Diskussion einzuräumen. Jeglicher Zeitdruck ist von der Diskussion fernzuhalten. Insbesondere ist das Ziel eines qualifizierten Universitätsprofils nicht der kurzfristigen Zuarbeit zur Evaluierung durch den Wissenschaftsrat zu opfern. Vielmehr sollten die Positionen des Wissenschaftsrates in die Profildiskussion einfließen.

Nicht zuletzt verweist der Personalrat darauf, dass die Profil- und Strukturdiskussion zu berücksichtigen hat, dass aufgrund des derzeitigen Höchststandes an Studierenden viele Lehrende wie auch Teile der Verwaltung bereits am Leistungslimit sind.

An die Vereinigung der Freunde und Förderer der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg e.V. (VFF)

Das Seminar für Arabistik und Islamwissenschaft am Orientalischen Institut der MLU plant eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Arabistik der Universität Leipzig im Rahmen eines neuen und innovativen Masterstudiengangs.

- Bislang wird eine intensivere Kooperation der beiden Nachbaruniversitäten im Bereich des Lehrangebots durch die für Studierende zu hohen zusätzlichen Fahrtkosten von 270-600€ pro Semester faktisch unterbunden. Siehe Punkt .
- Mit der Perspektive auf eine insgesamt zu vertiefende Kooperation der Universitäten Leipzig und Halle bietet der geplante Masterstudiengang die Möglichkeit, eine Lösung des Fahrtkostenproblems und andere praktische Regelungen zunächst in einem begrenzten Rahmen zu erproben.

Wir bitten die VFF daher um ihre Unterstützung dabei, eine übergangsweise und anteilige Förderung der Fahrtkosten für Studierende des neuen Masters Arabistik als Pilotprojekt der Universitätskooperation Halle – Leipzig sicher zu stellen. Der Studierendenrat unterstützt dieses Anliegen und ist bereit, sich an einer Lösung zu beteiligen (Protokoll vom 05.12.2011).

1.) *Motivation zur Einrichtung eines neuen Masterstudiengangs*

Der bisherige 2-Fach Masterstudiengang Arabistik wird wegen mangelnder Kombinationsfächer kaum nachgefragt, als vergleichsweise kleines Seminar kann der Lehrstuhl in Halle aber alleine keinen 1-Fach Master Arabistik anbieten. Eine Kombination bestehender Mastermodule der Leipziger und Hallenser Arabistik ergeben hingegen ein umfassendes und stimmiges 120 LP Programm. Unter den deutschlandweit 23 Seminaren für Arabistik/Islamwissenschaft/Orientalistik würde eine Kooperation Halle-Leipzig zur Spitzengruppe von nur sechs Masterprogrammen gehören, die eine inhaltliche Schwerpunktsetzung durch Wahlmöglichkeiten anbieten können.

2.) *Inhaltliche Konzeption des Studiengangs*

Fachlich macht eine Zusammenarbeit Sinn, weil sich die inhaltlichen Ausrichtungen beider Seminare gut ergänzen: Halle (2 Professuren) hat ein allgemein islamwissenschaftliches Profil mit dem Fokus frühe Neuzeit, Leipzig (4 Professuren) hat die Schwerpunkte Recht, Literatur, Wirtschaftsgeographie und Übersetzung.

Das Masterprogramm gliedert sich in drei Blöcke plus Praktikum und Abschlussarbeit. Ein Block (30 LP) wird durch das bestehende Masterangebot Halle bestritten, ein zweiter Block (20 LP Pflichtwahlbereich) durch Angebote aus Leipzig, ein dritter Block (30 LP Wahlbereich) bietet weitere Möglichkeiten zur Schwerpunktsetzung: Zweitsprachen (Persisch, Türkisch), Modulimporte aus methodisch relevanten Fächern. Erste Absprachen mit den Wirtschaftswissenschaften (Halle) und den Religionswissenschaften (Leipzig) bestehen.

LP Sem.	5	10	15	20	25	30
1.	Pflichtbereich Arabistik Halle		Wahlbereich: <i>Regionen, Methoden, Sprachen (Halle/Leipzig)</i> (Geographie, Wirtschaftswissenschaften) (Türkisch, Persisch, Hebräisch, etc.)		Wahlpflichtbereich Arabistik Leipzig	
2.						

3.			Praktikumsmodul
4.	Masterarbeit		

3.) *Kooperation Halle – Leipzig im Rahmen des Studiengangs*

Formal handelt es sich bei der angestrebten Zusammenarbeit um einen Modulaustausch zwischen zwei Instituten an zwei unterschiedlichen Universitäten. Der geplante 1-Fach Masterstudiengang Arabistik ist in Halle angesiedelt, Leipzig integriert im Gegenzug das hervorragende Zweitsprachenangebot des Hallenser Institut in seine bestehenden und zukünftigen Masterprogramme. Geregelt wird die Kooperation durch einen Annex zum Kooperationsvertrag der Hochschulen Halle-Jena-Leipzig.

4.) *Stand der Planungen*

Mit dem Orientalischen Institut in Leipzig besteht Einigkeit, Absprachen mit den Wirtschaftswissenschaften (Halle) und den Religionswissenschaften (Leipzig) über Modulimporte für den Wahlbereich bestehen, Studienordnung, Modulhandbuch und ein mit dem Justitiariat abgestimmter Entwurf für den Annex zum Kooperationsvertrag liegen vor. Kapazitätsprobleme bestehen ebenfalls nicht, eine höhere Auslastung der für die Kooperation geöffneten Angebote wird von beiden Seiten ausdrücklich gewünscht. **Als alleiniger Hinderungsgrund bleibt das Problem der zu hohen Fahrtkosten zwischen den Nachbaruniversitäten Halle und Leipzig.**

5.) *Das Problem der Fahrtkosten*

Da vier Tarifzonen zwischen Halle und Leipzig liegen, liegen die zusätzlich zum Studienbeitrag und dem Semesterticket anfallenden Fahrtkosten für Pendler zwischen Leipzig und Halle zwischen 530€ (4er Anstusstickets, ein Tag in der Woche ausschließlich in der Vorlesungszeit) und 1080€ (Abonnementlösung bei mehreren Fahrten in der Woche) pro Jahr. Deswegen können bis jetzt nur einzelne Studierende Angebote an beiden Hochschulen wahrnehmen und ein Pflichtprogramm an der jeweils anderen Hochschule ist unter diesen Umständen nicht zumutbar.

Ein kostengünstiges Verbundticket (103€ pro Semester an der HTWK Leipzig) macht aus Sinn des Verkehrsverbundes erst ab einer hohen Zahl von Pendlern Sinn; ein universitätsweites Verbundticket wurde von der Studierendenschaft bislang abgelehnt, weil es ohne verstärkte Kooperation keinen Anlass zum Pendeln gibt; eine verstärkte Kooperation kann aber erst durch eine Vergünstigung der Fahrtkosten ermöglicht werden: hier beißt sich die Katze in den Schwanz.

6.) *Ein Masterstudiengang als Pilotprojekt*

Der 1-Fach Master Arabistik soll als inhaltlich und strukturell sinnvolles Pilotprojekt zeigen, wie durch die Kooperation der Hochschulen attraktive und für Studierende lohnende Angebote geschaffen und praktische Fragen (Versicherung, Bibliothekszugang, Auslastungsberechnung) geklärt werden können. Als Beispiel funktionierender und für alle Seiten nützlicher Zusammenarbeit soll der Master Arabistik Vorbild für Initiativen anderer Fachbereiche und Institute werden, so dass mittelfristig mehr konkrete Kooperationen eingegangen und ein Verbundticket sinnvoll werden.

Hierfür bedarf es übergangsweise einer anteiligen Finanzierung der für die Studierenden

anfallenden Fahrtkosten. Ziel ist es, die zusätzlich anfallenden Kosten pro Student pro Jahr auf 300€ zu begrenzen.

7.) Die Anfrage auf Förderung im Detail

Wir bitten den VFF um ihre Unterstützung dabei, im Rahmen einer Mischfinanzierung die Fahrtkosten der Studierenden des 1-Fach Masterstudiengangs Arabistik für eine maximale Dauer von fünf Jahren zu gewährleisten.

Jahrgang	Maximale Anfängerzahl	Gesamtzahl der Studierenden	Fahrtkosten pro Person pro Jahr	Jahr	Fördersumme pro Jahr
1	10	10	505	2013	5050
2	10	20	505	2014	10100
3	10	30	505	2015	15150
		20	505	2016	10100
		10	505	2017	5050
Maximale Gesamtfördersumme:					45450

Als Berechnungsgrundlage dienen eine Gesamtförderdauer von fünf Jahren, eine Beschränkung auf drei Jahrgänge mit max. 10 Personen, auf die mittleren zu erwartenden Fahrtkosten und eine maximale Studiendauer von 6 Semestern (Regelstudienzeit 4 Semester).